

Behörden Spiegel

Inr. VI / 22. Jg / 28. Woche

Berlin und Bonn / Juli 2006

www.behoerderspiegel.de

Das Dilemma der offenen Geheimhaltung

Parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste

(BS/K. Wohlfahrt) Derzeit wird für den Bundesnachrichtendienst (BND) eine stärkere Kontrolle gefordert – dem Dienst selbst wird mehr Transparenz abverlangt. Eine Quadratur des Kreises? Angesichts der "Natur" des Dienstes, der aus Sicherheitsgründen erforderlichen Geheimhaltung von Arbeitsprozessen und Informationen, die aus dieser verdeckten Arbeit resultieren, steht der Ruf nach mehr Transparenz in einem Spannungsverhältnis zu den Aufgaben des Nachrichtendienstes. Die Kritik am BND speist sich aus "Affären" wie seinem Einsatz während des Irak-Kriegs oder dem Führen von Journalisten als "Quellen" und fällt in eine Phase, in welcher der Dienst immer noch im Umbruch ist. Auch fünfzehn Jahre nach Ende des Kalten Krieges, der von den Mitarbeitern ein neues Rollenverständnis forderte. Die Kritik trifft eine Behörde, in die zumindest die Öffentlichkeit ohnehin nur wenig Vertrauen setzt. Und auch "die Politik", gerade, wenn es sich nicht um die mit Sicherheitspolitik befassten Akteure handelt, begegnet "Pullach" oft mit Misstrauen. Schwere Zeiten also. Es gibt aber durchaus Möglichkeiten, um aus dem Kreis doch noch ein Quadrat zu machen. Zum Beispiel durch eine stärkere parlamentarische Kontrolle.

Es geht um mehr Transparenz. Mehr davon könnte auch dazu führen, dass sich die Mitarbeiter weniger dem Ruch eines von "Schlapphut-Bildern" dominierten Klischees des im Dunkeln jenseits jeglicher Kontrolle agierenden Spions ausgesetzt sehen. Der BND versucht schon seit Jahren, sich nach außen zu öffnen – so weit das eben möglich ist. Auch den Umzug in die Mitte von Berlin kann man dahingehend interpretieren: Kurz hinter einer der beliebten Kneipenmeilen in Berlin-Mitte soll der Dienst künftig residieren, dort ist auch ein Besucherzentrum geplant, der Dienst könnte zur Pilgerstätte von Touristen werden.

Gefordert wurde in den letzten Wochen immer wieder ein "Geheimdienstbeauftragter", u. a. auch von *Hans-Jörg Geiger*, 1996 bis 1998 Präsident des BND, danach Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz. *Hans-Georg Wieck*, Präsident von 1985 bis 1990, schlägt einen unabhängigen Sachverständigenrat mit externen Mitgliedern vor, der von außen Know-how, Anregungen und Lösungsvorschläge an die Verantwortlichen in Regierung und Bundestag heranträgt.

Auch *Wolbert Smidt*, ehemaliger Erster Direktor des BND und in den neunziger Jahren Leiter einer Unterabteilung mit Zuständigkeit für die Ostaufklärung, sieht Möglichkeiten, wie der Dienst innerhalb der ihm gezogenen gesetzlichen Grenzen besser kontrolliert werden kann. Für den Gedanken eines Geheimdienstbeauftragten kann er sich nicht erwärmen. "Ein neuer Überbau, es besteht die Gefahr, zusätzliche Bürokratie mit der Tendenz zur Verselb-

ständigung aufzubauen," urteilt er. In der Tat muss eine neue Instanz nicht zwingend eine "Wunderpille" sein, die Pannen ein Ende bereitet. Die Bundesregierung will Bürokratie abbauen – wieder einmal eine neue Institution mit entsprechendem Unterbau zu errichten, hätte da wenig Logik. Außerdem bestünde die Gefahr, dass auch ein Geheimdienstbeauftragter Opfer bzw. Instrument parteipolitischer Interessen ist, die mit der Sache – der Kontrolle der Geheimdienste – gar wenig zu tun hat.

Smidt regt an, allenfalls die Kontrollmöglichkeiten, die es bereits in dem bestehenden System gibt, auszuweiten. "Vor allem die parlamentarische Kontrolle sollte gestärkt werden. Das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) sollte wirksamer werden." Das könnte dadurch geschehen, dass es einen fachlich leistungsfähigen, personellen Unterbau bekommt, wie dies beispielsweise im Kontrollsystem der USA der Fall ist. Derzeit haben die neun PKGr-Mitglieder viele andere zeitaufwändige Aufgaben in den übrigen Ausschüssen des Bundestags sowie natürlich in ihren Wahlkreisen. Die Möglichkeit, sich mit der schwierigen Materie der Nachrichtendienste intensiv zu beschäftigen, besteht nur begrenzt. *Smidt* hält es zudem für diskussionswürdig, dem Gremium bei Bedarf zur Klärung strittiger Vorgänge ähnliche Rechte wie bei einem Untersuchungsausschuss einzuräumen. Derzeit unterliegt das PKGr der Geheimhaltungspflicht und massiven vorbeugenden Sicherheitsmaßnahmen. Ein Kontrollgremium mit mehr Rechten könnte die Öffentlichkeit in grundsätzlichen Fragen, die

nicht der Geheimhaltung unterliegen, einbeziehen – und wäre keine temporäre Einrichtung wie ein Untersuchungsausschuss.

Smidt, der den Dienst mit der Distanz eines Ehemaligen und dem Wissen eines Insiders beobachtet, spricht zudem noch einen weiteren Punkt an, der ihm wichtig ist: "Wir brauchen eine neue Nachrichtendienst-Kultur in Deutschland! Nachrichtendienste müssen in die politische Kultur Deutschlands einbezogen werden." Viele Mitarbeiter seien durch die Umbrüche in den neunziger Jahren – weg von der Statik des Kalten Krieges, hin zur Dynamik der asymmetrischen Bedrohungen wie zum Beispiel der Internationale Terrorismus – verunsichert worden. Dies habe unter anderem zu den bekannten Indiskretionen und den daraus folgenden rechtlich und politisch umstrittenen Gegenmaßnahmen der Eigensicherung geführt. Auch die mangelnde Identifizierung eines wichtigen Teils der Mitarbeiter des BND mit der Verlegung in die Hauptstadt hat Zweifel ausgelöst. Solche Vorgänge fördern das Misstrauen und machen es dem Dienst trotz erzielter Fortschritte nicht leichter, sich positiv mit seinen unbestrittenen nachrichtendienstlichen Leistungen im Lichte der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Smidt, der zudem 1. Vorsitzender des "Gesprächskreises Nachrichtendienste in Deutschland" ist, ein Verein, der die öffentliche Debatte über die Dienste unterstützen will: "Wir brauchen eine politische Kultur in Deutschland, in der Geheimhaltung und Effizienz der Dienste und die Transparenz- und Kritik-Erfordernisse unserer Demokratie ausgewo-

gener aufeinander abgestimmt werden."

Ein neues "Verständnis" der Nachrichtendienste würde allerdings alle Bereiche der politischen Kultur fordern, nicht nur die Dienste und ihre Mitarbeiter. Auch Politik, Wissenschaft und Medien, die Gesellschaft, sind gefragt. Tritt die Welt der Nachrichtendienste mit einem offeneren Verständnis ihrer "Kultur in der Demokratie" in Vorleistung, wäre sie zugleich besser gefeit gegen Misstrauen und Vorurteile. Das Verständnis, dass der Dienst nicht wie andere "normale" Behörden sämtliche Prozesse und Strukturen offen legen kann, könnte dadurch wachsen.

Übrigens: Auch andere Behörden tun sich manchmal schwer mit Transparenz und einer Kultur der Offenheit. Das haben zum Beispiel die Debatten um das Informationsfreiheitsgesetz gezeigt. Offenheit – innerhalb der Grenzen des Datenschutzes – wird zwar immer gefordert, wenn es um Verwaltungsreformen und mehr Bezug zum Kunden, dem Bürger geht.

Aber die Praxis sieht anders aus. Dienstvorschriften der Hausleitung für eine veränderte Behördenkultur – oder jetzt im Falle der angezapften Journalisten eine Vorschrift, wie der BND mit Medien umgehen soll, helfen da alleine nicht. *Smidt*: "Die Hausleitung muss die Mitarbeiter bei grundlegenden Veränderungen mitnehmen." Das ist im Falle des BND nicht immer geschehen. Ein Geburtsfehler beim Umzugsbeschluss war, dass die Mitarbeiter nicht von ihrem eigenen Dienst über den Berlin-Umzug erfuhren, sondern aus den Medien.